

# Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten  
des Landes Berlin



Hauptpersonalrat, Klosterstr. 47, 10179 Berlin

[www.hauptpersonalrat.berlin.de](http://www.hauptpersonalrat.berlin.de)  
[hpr@hpr.berlin.de](mailto:hpr@hpr.berlin.de)

An den Regierenden Bürgermeister  
und alle Senatsmitglieder  
per Mail

nachrichtlich:  
DGB/dbb plus Gewerkschaften  
alle Personalräte

GeschZ.  
(bei Antwort bitte angeben)  
00/65/02 Ort/Her

Bearbeitung  
Kollegin Ortman

Zimmer  
1103

Telefon 9020-2243  
Telefax 9020-2221  
Intern 920

Datum  
27.03.2020

## **Ausschluss von Haftungsverfahren und Regressforderungen nach der Pandemiesituation**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,  
sehr geehrte Mitglieder des Senats,

wir bitten Sie dringend darum, einen Senatsbeschluss zu fassen, wonach  
Ermittlungsverfahren gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wegen grob  
fahrlässigen Verhaltens in Zeiten der Pandemiekrise auszuschließen sind.

Sollte ein Senatsbeschluss keine entsprechende Abschirmwirkung gegenüber den  
Beschäftigten entfalten können, regen wir an, dieses Anliegen dem  
Abgeordnetenhaus anzutragen.

Dies Sache duldet aus unserer Sicht keinen Aufschub.

Schon jetzt ist erkennbar, dass viele geltende Regeln im Ausnahmezustand, den uns  
die derzeitige Pandemie auferlegt, nicht mehr umgesetzt werden können.  
Anweisungslagen weichen sich auf. Trotzdem müssen zum Wohle der Menschen in  
unserer Stadt und zum Wohle der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an den  
geltenden Anweisungslagen vorbei Entscheidungen getroffen werden. Dies betrifft  
nahezu alle Bereiche des öffentlichen Dienstes, bei Fragen der Beschaffung,  
Verlängerung von Bescheinigungen, Personaldokumenten, Gewährung von allen  
Formen von sozialen Leistungen, Herabsetzen von Steuervorauszahlungen,  
Stundungen, Erlassen, Aufstellen von Regeln des Dienstbetriebs, in Beihilfe- und

Verkehrsverbindungen:  
U-Bahn Klosterstraße  
U-/S-Bahn Alexanderplatz und Jannowitzbrücke (mit Fußweg)

Seite 1 von 2

Versorgungsfragen, abgekürzten Entscheidungsketten, Entscheidungen aus dem Homeoffice, möglicherweise ohne Kenntnis des gesamten Sachverhalts usw.

Wir sollten aus der Flüchtlingskrise der Jahre 2015/2016 gelernt haben. Damals wurde von Vertretern der Politik (insbesondere in Personalversammlungen) vollmundig versprochen, dass man sich schützend vor die Beschäftigten stellen werde, wenn möglicherweise Entscheidungen nicht nach den üblichen Abläufen gefällt würden. Die Beschäftigten haben darauf vertraut. Die Realität hinterher sah anders aus; Beschäftigte des LAGeSo, LAF wissen dies genau. Sie mussten über lange Zeiträume Verfahren gegen sich dulden, in denen zum Teil existenzbedrohliche Beträge im Raum standen. Dies hat sich im gesamten öffentlichen Dienst herumgesprochen.

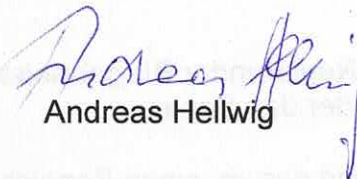
Die Beschäftigten halten aber auch in dieser Situation wieder auf sehr beeindruckende Weise den Dienstbetrieb aufrecht und versuchen, für die Menschen der Stadt, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen die Situation zu meistern. Dieses Engagement beeindruckt uns im Hauptpersonalrat sehr.

Diese Pandemie weitet den Kreis derjenigen, die jetzt möglicherweise kluge Entscheidungen treffen, aber nicht alle rechtlich vorgeschriebenen Schritte einhalten, erheblich aus. Wir bitten Sie dringend, allen jetzt den nötigen Schutz zu bieten, damit Entscheidungen auch zügig und mutig gefällt werden können, ohne spätere Reue.

Wir stehen selbstverständlich für Rücksprachen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie gesund!

  
Daniela Ortmann

  
Andreas Hellwig